

Jörg Biesemann
**DAS ERMÄCHTIGUNGSGESETZ
ALS GRUNDLAGE DER
GESETZGEBUNG IM
NATIONALSOZIALISTISCHEN
STAAT**

Ein Beitrag zur Stellung des Gesetzes
in der Verfassungsgeschichte 1919-1945

Studien zur Politikwissenschaft Bd.13

Lit

I N H A L T

	Seite
Vorbemerkung	I
Schrifttum	XIV
Abkürzungen	LIII
A. Die Ermächtigungsgesetzgebung und Notverordnungs- politik der Weimarer Staatspraxis	
1. Kapitel: Die Entwicklung der gesetzver- tretenden Verordnungen unter der Reichsverfassung	1
I. Die Ermächtigungsgesetze der Weima- rer Republik	2
1. Die Ermächtigungsgesetze des Jah- res 1919	6
a) Das Zustandekommen der Gesetze	9
b) Der Inhalt der Gesetze	10
c) Die Auswirkungen der Gesetze	12
2. Die Ermächtigungsgesetze der Jahre 1920 - 1923	18
a) Die Gesetze über die verein- fachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Übergangs- wirtschaft	19
b) Der Artikel VI des Notgesetzes vom 24.2.1923	24
c) Das Ermächtigungsgesetz vom 13.10.1923	29
d) Das Ermächtigungsgesetz vom 8.12.1923	32
II. Die Notverordnungspraxis der Weima- rer Republik 1919 - 1930	37
1. Auf Reichsebene	40
a) Die Handhabung der Notverord- nungspraxis unter Ebert	41
b) Die Handhabung der Notverord- nungspraxis unter Hindenburg	43

	Seite
2. Auf Länderebene	43
a) Die Diktaturverordnungen aus Artikel 48 IV Reichsverfassung	44
b) Die Notverordnungen aus dem Ländernotverordnungsrecht	46
III. Die Notverordnungspolitik der Präsidialkabinette 1930 - 1933	48
1. Die Kabinette Brüning	49
a) Der Artikel 48 II Reichsverfassung	51
b) Der Artikel 48 IV Reichsverfassung	54
c) Das Ländernotverordnungsrecht	56
2. Das Kabinett Papen	57
a) Der Artikel 48 II Reichsverfassung	59
b) Der Artikel 48 IV Reichsverfassung	61
c) Das Ländernotverordnungsrecht	61
3. Das Kabinett Schleicher	62
a) Der Artikel 48 II Reichsverfassung	64
b) Der Artikel 48 IV Reichsverfassung	64
c) Das Ländernotverordnungsrecht	65
2. Kapitel: Die Reichsexekutive während der Reichskrise 1932/33	66
I. Die Stellung des Reichspräsidenten unter der Reichsverfassung	66
1. Die Wahl und Amtsdauer des Reichspräsidenten	67

	Seite
2. Die Zuständigkeiten des Reichspräsidenten	70
a) Die Vertretung des Reichs nach außen und innen	70
b) Die Verwaltungsfunktionen	70
c) Das Verhältnis zu Reichsregierung und Reichstag	71
d) Die Beteiligung an der Gesetzgebung	74
3. Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl 1932 und seine Auswirkungen	75
4. Die Bedeutung des Amtes während der Reichskrise	78
II. Der verfassungsrechtliche und politische Handlungsspielraum der Reichsregierung	80
1. Das Verhältnis Reichskanzler und Reichspräsident aus Artikel 53 Reichsverfassung	80
2. Die Vertrauensabhängigkeit des Reichskanzlers aus Artikel 54 Reichsverfassung	83
3. Die Richtlinienkompetenz des Reichskanzlers aus Artikel 56 Reichsverfassung	85
a) Das Verhältnis Reichskanzler und Reichspräsident	86
b) Das Verhältnis Reichskanzler und Reichstag	86
c) Das Verhältnis Reichskanzler und Reichsregierung	88
d) Das Verhältnis Reichskanzler und Reichsminister	92

B. Der Zustand der Träger der Reichslegis- lative, der Verwaltung und Justiz am Ende der Weimarer Republik	
3. Kapitel: Die Reichslegislative während der Reichskrise 1932/33	95
I. Die Stellung des Reichstags	95
1. Das Wahlsystem	95
2. Die Wahlrechtsgrundsätze gemäß Artikel 22 Reichsverfassung	98
3. Die Dauer der Legislaturperiode und die Fälle der vorzeitigen Auflösung	99
a) Die regelmäßige Auflösung	99
b) Die vorzeitige Auflösung	100
4. Die Reichstagsauflösungen als politisches Mittel	103
5. Die Zuständigkeiten des Reichs- tags	106
6. Die Mitwirkung des Reichstags im politischen Prozeß	108
II. Die Organe des Reichstags	110
1. Die Mitgliederzahl und Zusammen- setzung des Reichstags	111
2. Der Reichstagspräsident	112
a) Die Zuständigkeiten des Reichstagspräsidenten	114
b) Die Bedeutung des Amtes	115
3. Das Präsidium	120
4. Der Ältestenrat	123
5. Der Sitzungsvorstand	124
6. Die Schriftführer	124
7. Die Ausschüsse	125
8. Die Stellung des einzelnen Ab- geordneten	129

	Seite
a) Das Prinzip des weisungsfreien Mandats	130
b) Die Indemnität und Immunität aus Artikel 36, 37 Reichsverfassung	133
9. Die Fraktionen	134
10. Die Verhandlungen des Reichstags	137
III. Der Reichsrat	138
1. Der Reichsrat als föderatives Element der Reichsverfassung	138
2. Der Aufbau des Reichsrats	141
3. Die Zusammensetzung des Reichsrats 1932/33	144
4. Die Zuständigkeiten des Reichsrats	147
a) Die Geschäftsordnungsgebung und die Ausschüsse	147
b) Die Teilnahme an der Gesetzgebung	151
c) Die Kontrollbefugnisse gegenüber der Reichsregierung	153
d) Die Verwaltungszuständigkeiten	154
e) Die Rechtspflegebefugnisse	157
IV. Der Reichswirtschaftsrat	158
1. Die Stellung des Reichswirtschaftsrats	158
2. Der Aufbau des Reichswirtschaftsrats	160
3. Die Befugnisse des Reichswirtschaftsrats	162
a) Die Regelung des Geschäftsgangs	162

	Seite
b) Die Rechte und Pflichten der Mitglieder	164
c) Die Ausschüsse	165
d) Die Kontrollbefugnisse des Reichswirtschaftsrats gegenüber der Reichsexekutive	166
e) Die Mitwirkung an der Gesetzgebung	168
4. Kapitel: Die Rechtsetzung unter der Reichsverfassung	170
I. Das einfache Reichsgesetz	170
1. Die Gesetzesinitiative	170
2. Die Beschlußfassung	173
3. Die Ausfertigung	175
4. Die Verkündung	176
II. Das verfassungsändernde Reichsgesetz	177
1. Die Gesetzesinitiative	180
2. Die Beschlußfassung	181
3. Die Ausfertigung und Verkündung	182
III. Die Volksgesetzgebung unter der Reichsverfassung	183
1. Die Fälle des Volksentscheids	184
2. Die Fälle der Volksabstimmung während der Weimarer Zeit	185
5. Kapitel: Die Verwaltung und Justiz während der Reichskrise	188
I. Die Verwaltung und der öffentliche Dienst 1932/33	188
1. Die Verwaltungsorganisation der Weimarer Republik	188
a) Die Reichszentralverwaltung	191

	Seite
aa) Die Reichsministerien ohne eigenen Behördenzug	193
bb) Die Reichsministerien mit eigenem Behördenzug	195
cc) Die Reichszentralbehörden	198
dd) Die reichsunmittelbaren Anstalten	200
b) Die Landesverwaltung	201
c) Die kommunale Selbstverwaltung	203
2. Der öffentliche Dienst	207
a) Das Beamtentum und die Reichsverfassung	207
b) Die Haltung des Beamtentums zur Republik	209
c) Die personalpolitischen Maßnahmen unter der Reichsverfassung	211
II. Die Verfassungsgerichtsbarkeit	215
1. Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich	215
2. Die Zuständigkeiten des Staatsgerichtshofs	217
3. Die Zusammensetzung des Staatsgerichtshofs	219
4. Die Verfassungsgerichtsbarkeit in den Ländern	221
a) Die Länder mit Staatsgerichtshöfen	222
b) Die Länder ohne Staatsgerichtshöfe	222
5. Die Entscheidungen der Staatsgerichtshöfe	223
6. Die politische Bedeutung des Staatsgerichtshofs	226

	Seite
III. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit	228
1. Die besonderen Reichsverwaltungsgerichte	230
a) Die reinen Reichsverwaltungsgerichte	231
b) Die Reichsbehörden mit verwaltungsgerichtlicher Zuständigkeit	232
2. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit der Länder	233
a) Der Aufbau der Landesverwaltungsgerichtsbarkeit	234
b) Die Zuständigkeiten der Gerichte	237
C. Die Ermächtigungsgesetzgebung des nationalsozialistischen Staates	
6. Kapitel: Die grundlegenden Verordnungen und Gesetze der nationalsozialistischen Gesetzgebung	239
1. Die Gesetzgebungs- und Notverordnungspraxis in der Zeit vom 30.1.1933 bis zum 23.3.1933	239
1. Die Verordnungen als Machtmittel zur Ausschaltung der Opposition	240
a) Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Auflösung des Reichstags vom 1.2.1933	240
b) Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Änderung des Reichswahlgesetzes vom 2.2.1933	244
c) Die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4.2.1933	245
d) Die Verordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen vom 6.2.1933	246

	Seite
e) Der Erlaß vom 17.2.1933 zur Unterstützung staatserhaltender Kräfte	250
f) Der Erlaß über die Einberufung und Verwendung von Hilfspolizei vom 22.3.1933	252
2. Die Suspension der Grundrechte durch die Reichstagsbrandverordnung vom 28.2.1933	253
3. Die Notverordnung gegen Verrat am Deutschen Volk und hochverräterische Umtriebe vom 28.2.1933	262
4. Die Heimtücke-Verordnung vom 21.3.1933	264
II. Das Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24.3.1933	265
1. Die Vorgeschichte des Gesetzes	266
2. Die Abstimmung und das Zustandekommen des Gesetzes im Reichstag	275
3. Der Inhalt des Gesetzes	279
III. Zum Legalitätsproblem des Ermächtigungsgesetzes	283
1. Die Prüfung des gesetzlichen Verfahrens im Reichstag	284
a) Die Änderung der Reichstagsgeschäftsordnung vom 23.3.1933	284
b) Die Auslegung des Artikel 76 Reichsverfassung	287
2. Die Prüfung der Rechtmäßigkeit des gesetzlichen Verfahrens im Reichsrat	290
3. Die Leitsätze	292

	Seite
7. Kapitel: Die Auswirkungen des Ermächtigungsgesetzes.	294
I. Die Phasen der nationalsozialistischen Gesetzgebung	295
1. Die Zielsetzung der nationalsozialistischen Gesetzgebung	296
2. Die Sicherung und der Ausbau der Macht	297
a) Das Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31.3.1933	299
b) Das Reichsstatthaltergesetz vom 7.4.1933	305
c) Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933	308
d) Das preußische Gemeindeverfassungsgesetz vom 15.12.1933	311
e) Das Gesetz über den Neuaufbau des Reichs vom 30.1.1934	314
f) Das Gesetz über die Aufhebung des Reichsrats vom 14.2.1934	323
g) Das Reichsstatthaltergesetz vom 30.1.1935	325
h) Die Deutsche Gemeindeordnung vom 30.1.1935	332
i) Das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien vom 14.7.1933	336
j) Das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1.12.1933	338
k) Das Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reichs vom 1.8.1934	340
3. Die Wiederaufrüstung und die Wirtschaft	345

a) Das Gesetz über den Aufbau der Wehrmacht vom 16.3.1935	345
b) Die Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18.10.1936	347
4. Die Expansion und die Rassegesetzgebung	350
a) Die gesetzgeberischen Maßnahmen im Zusammenhang mit der expansiven Außenpolitik	350
b) Die Rassegesetzgebung	352
II. Die gesellschaftspolitischen Auswirkungen	354
1. Die Gleichschaltung der Massenmedien im Rahmen der Machtergreifung	354
2. Das Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda	361
a) Die Stellung des Ministeriums	361
b) Die Struktur des Ministeriums	363
8. Kapitel: Die Rechtsetzung im nationalsozialistischen Staat	366
I. Das Gesetzgebungsverfahren nach dem Ermächtigungsgesetz	366
1. Die Gesetzesinitiative	367
2. Die Beschlußfassung	369
3. Die Ausfertigung	372
4. Die Verkündung	373
II. Die Stellung des einzelnen Bürgers in der nationalsozialistischen Gesetzgebung	375
1. Die Volksabstimmung	375
2. Die Grundrechte des Volksgenossen	379

	Seite
III. Die Schwäche der Reichslegislative	381
1. Die Stellung des Reichstags	381
2. Der Reichstag als Gesetzgeber	382
3. Die Zusammensetzung des Reichstags	385
4. Die Stellung des einzelnen Abgeordneten	386
IV. Die Grundzüge des nationalsozialistischen Staats- und Rechtswesens	388
1. Der nationalsozialistische Staatsgedanke	388
2. Der Rechtsbegriff der Nationalsozialisten	390
3. Die politische Strafjustiz	392
4. Die Beseitigung der Verfassungsgerichtsbarkeit	394
a) Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich	394
b) Die Staatsgerichtsbarkeit in den Ländern	397
c) Das richterliche Prüfungsrecht	398
5. Die Neuordnung der Verwaltungsgerichtsbarkeit	400